

München, 29.01.2021

Tierskandal im Landkreis Passau: SPD fordert Aufklärung

SPD-Abgeordnete Ruth Müller und Martina Fehlner: Warum haben Behörden nicht schneller reagiert, um die katastrophale Tierhaltung schnellstmöglich zu beenden?

Laut aktuellen [Berichten](#) der Süddeutschen Zeitung wurde eine private Tierhaltung mit mehr als hundert unterschiedlichen Tieren auf einem ehemaligen Bundeswehrgelände im Landkreis Passau nun endgültig aufgelöst. Bereits im Sommer 2020 stellten bei einer Razzia die Behörden mehrere Verstöße gegen das Tierschutzgesetz fest und stellten Strafanzeige gegen den Besitzer. Die niederbayerische Abgeordnete **Ruth Müller** zeigt sich entsetzt über die Zustände auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände und das langsame Vorgehen der Behörden: "Wie kann es sein, dass bereits im Sommer 2020 mehrere Verstöße gegen das Tierschutzrecht festgestellt wurden, aber die zuständige Verwaltung jetzt erst reagiert? Der Alptraum für die Tiere hat dadurch noch Monate angedauert."

Gemeinsam mit der tierschutzpolitischen Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Martina Fehlner**, hat Müller im Zuge dessen eine [Anfrage](#) an die Staatsregierung gestellt. Die SPD-Abgeordneten wollen unter anderem wissen, wie die Behörden auf die miserablen Zustände aufmerksam geworden sind und wie viele weitere Überprüfungen es seit den ersten Kontrollen im Sommer 2020 gab. Außerdem stehe die Frage im Raum, wieso bereits Besuchergruppen Zutritt hatten, obwohl schon eine Strafanzeige vorlag. Es müsse aufgeklärt werden, wann eine betriebliche Genehmigung erteilt worden war und von wem und vor allem für welche Tierarten, betonen die Abgeordneten.

Für Martina Fehlner sind solch weitreichende Verstöße gegen die Tierhaltung untragbar und dürfen sich nicht wiederholen. Bedauerlich seien die Vorfälle auch für die vielen vorbildlich geführten bayerischen Zoos und Tierparks, die schließlich hohe Standards und Auflagen erfüllen müssten. „Der Besitzer hatte vor, „den Zoo zur größten Erlebnisanlage nördlich der Alpen“ zu errichten“, so Fehlner. „Behörden haben offenbar zu spät erkannt, dass es sich hier um ein schwarzes Schaf handelt. Solchen Leuten muss sofort das Handwerk gelegt werden.“ Hier ginge es nicht nur um einfache Rechtsverstöße, sondern um das Wohl von anvertrauten Lebewesen, verdeutlicht die Tierschutzexpertin.